

Ämterfusion: Spaltpilz der Großen Koalition?

Kreis weist auf „unterschiedliche Beurteilungen“ zwischen Innenministerium und CDU-Landtagsfraktion hin

Gettorf/Schwansen/mpl – Die bevorstehende Verwaltungsreform zwingt offenbar nicht nur die Gemeinden zur Kooperation. Auch innerhalb der Landesregierung müssen die beiden Partner der Großen Koalition noch auf einen gemeinsamen Weg gebracht werden. So wies die Kreisverwaltung auf einer Informationsveranstaltung der CDU am Mittwoch in Gettorf (die EZ berichtete) auf die „unterschiedliche Beurteilung“ eines Sachverhaltes innerhalb der Koalition hin. Dabei gehe es um die Frage,

wie so genannte „bestehende Verflechtungsstrukturen“ bei künftigen Fusionsritten zwischen den Ämtern bewertet würden. Auslöser der „internen“ Differenzen waren die Fusionsbestrebungen der Ämter Schlei, Windeby und Schwansen (die EZ berichtete mehrfach), die innerhalb des Innenministeriums bisher mit dem Hinweis auf bestehende Verflechtungsstrukturen des „Kragenamtes“ Windeby mit dem Mittelzentrum Eckernförde auf wenig Akzeptanz gestoßen sind. Die

drei Ämter sollten bei den Fusionsverhandlungen daher auch die Option einer Verwaltungsgemeinschaft mit Eckernförde „ernsthaft“ prüfen, legte das Innenministerium nahe. Dabei be ruft sich das Ministerium auf die von der Landesregierung aufgestellten Leitlinien für die Verwaltungsfusionen. Für den Kreis Anlass zu der Vermutung, dass diese Verflechtungsstrukturen im Genehmigungsverfahren durch das Innenministerium eine große Rolle spielen werden.

Die CDU-Landtagsfrakti-

on sieht dies offenbar anders, teilte der Kreis am Mittwoch in einer Informationsschrift mit. Dort werde der Stellenwert von Verflechtungen, wie beispielsweise bei der schulischen Versorgung oder den Arbeitswegen, nicht als maßgebliches Kriterium bei der Zusammenlegung von Verwaltungen gewertet. Innerhalb des Kreises sind 14 der insgesamt 29 gegenwärtigen Verwaltungseinheiten von dem Fusionsdruck betroffen, weil sie die geforderten 8000 Einwohner als die Größenordnung einer

künftigen Verwaltungseinheit nicht erreichen.

Seitens der betroffenen 19 Gemeinden, die zu dem neuen Schwansener Großamt fusionieren wollen, war immer wieder darauf hingewiesen worden, dass es um die Bewahrung funktionierender ländlicher Strukturen gehe. Eine Zusammenlegung zweier so unterschiedlicher Verwaltungsebenen wie Stadt und Land passe nicht, auch die Argumente von Kostenersparnis und größerer Bürgernähe werde bezweifelt, so Stimmen aus den Gemeinden.

Eckernförder Zeitung 05.11.05